

Norbert Altenkamp (CDU)

Sehr geehrte Frau Franz,
sehr geehrter Herr Baumann,

vielen Dank für Ihre Email vom 02. August 2017. In der Anlage übersende ich Ihnen das Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zum Luftverkehr in Deutschland, welches auch meine Grundsatzhaltung im Wesentlichen widerspiegelt. Daraus ergeben sich auch in weiten Teilen die Antworten auf Ihre Fragen. Ich möchte darauf hinweisen, dass ich als CDU-Kreistagsabgeordneter die parteiübergreifenden Beschlüsse zu Flughafenthemen immer mitgetragen habe.

Konkret biete ich Ihnen an auch in Zukunft, wie in der Vergangenheit auch, in den persönlichen Dialog mit Ihnen zu treten, um bei zukünftigen Entscheidungen alle Meinungen in meinen Abwägungsprozess aufnehmen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr
Norbert Altenkamp

Büro des CDU-Bundestagskandidaten im Wahlkreis 181
Norbert Altenkamp
Königsteiner Straße 49
65812 Bad Soden am Taunus

Dr. Ilja-Kristin Seewald (SPD)

Liebe Frau Franz, lieber Herr Baumann,

haben Sie herzlichen Dank für Ihre Mail. Wie ich bei meinem Besuch der Mahnwache am Frankfurter Flughafen wie auch in meiner Pressemitteilung vom 27. Juli (s. Anhang) geschrieben habe, stehe ich **ausdrücklich hinter der vom Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann verabschiedeten Linie zur strikten Einhaltung des Nachtflugverbots - perspektivisch auch in der gesetzlichen Nacht von 22.00-6.00 Uhr - und der Flugkorridore**. Darüber hinaus habe ich in meiner Pressemitteilung auch formuliert, **mich dafür einzusetzen, die Luftqualität weiter zu verbessern**. Bei meinem Besuch bei der Mahnwache habe ich die Einführung von Messstellen begrüßt und werde dies unterstützen. Das Thema Lärmminimierung ist mir ebenfalls, insbesondere auch nach den Besuchen in den betroffenen Kommunen, sehr wichtig, auch dafür werde ich mich einsetzen. Ich unterstütze die Änderungsvorschläge zur Überarbeitung des geltenden Fluglärmschutzgesetzes.

Mir ist der Umweltschutz ein großes Anliegen. Deshalb ist mir die schwere Belastung durch Fluglärm und Flugverkehrsemissionen in meinem Wahlkreis auch bewußt. Ich habe vollstes Verständnis für die Sorgen der Bürgerinitiativen.

Gemeinsamkeiten bei kontroversen Interessenslagen zu finden, wird meine tägliche Arbeit im Bundestag sein. Meine Herangehensweise ist es, alle Beteiligten in den Prozess mit einzubeziehen. Durch meine politische Arbeit möchte ich den Austausch von verschiedenen Argumenten ermöglichen. Eine für alle vertretbare Lösung muss zu den wirtschaftlichen Aspekten auch noch mehr die gesundheitlichen Auswirkungen des Flugverkehrs im Ballungsraum beinhalten.

Als Bundestagsabgeordnete werde ich Ihre Initiative nicht nur in der Sache unterstützen, sondern möchte auch weiterhin den Dialog mit Ihnen pflegen und mich mit Ihnen zum Thema Umweltschutz austauschen.

Für weitere Fragen stehe ich Ihnen sehr gerne zur Verfügung.

Herzliche Grüße
Ilja-Kristin Seewald

Dr. Gernot Laude (AfD)

Sehr geehrte Frau Franz, sehr geehrter Herr Baumann,

die AfD ist im Kreis MTK vertreten und setzt sich hier bereits für eine Reduktion/Vermeidung von Fluglärm ein, wie allerdings der gesamte Kreis. Siehe hierzu <https://www.mtk.org/Fluglarm-3044.htm>. Konkret hat unsere Fraktion, wie auch andere, sich im Haupt- und Finanzausschuss gegen Passagen im Landesentwicklungsplan Hessen ausgesprochen, durch die eine Verschlechterung des jetzigen Status, was den Fluglärm anbetrifft, befürchtet wurde. Auch die AfD, Frankfurt im Römer setzt sich dafür ein, daß es am "Frankfurter Flughafen, im Vergleich zum derzeitigen Stand, leiser wird." Allerdings haben Beschlüsse von Kreis wie auch Stadt nur empfehlende Wirkung gegenüber dem Land Hessen. Siehe hierzu auch: <http://afd-im-roemer.de/2017/07/11/pressemitteilung-afd-sagt-nein-zu-mehr-fluglaerm-11-07-2017/>

Im gleichen Sinn wäre ich auch im Bundestag aktiv, so ich denn das Mandat erhalte.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gernot Laude

65719 Hofheim

email gernotlaude@afd-mtk.de

Bettina Stark-Watzinger (FDP)

Sehr geehrter Herr Baumann,

gerne beantworte ich Ihre Fragen zu der Position mit Blick auf den Luftverkehr.

Werden Sie sich für ein Nachtflugverbot in der gesetzlichen Nacht einsetzen?

Wir halten den gesetzlichen Regelungen und insbesondere am Nachtflugverbot am Flughafen Frankfurt fest.

Werden Sie versuchen, in der Luftverkehrsgesetzgebung ein Lärmminimierungsgebot zu verankern?

Wir wollen den Luftverkehrsunternehmen Anreize geben, beispielsweise im Rahmen der Entgeltordnung für den Flughafen Frankfurt, Lärm zu reduzieren. Diese Vorgehensweise hat sich in der Vergangenheit bewährt, so konnten die Lärmemissionen der Flugzeuge deutlich gegenüber früheren Werten gesenkt werden. Es ist heute am Flughafen Frankfurt deutlich leiser, als einst prognostiziert wurde.

Werden Sie sich für lokale Lärmobergrenzen, die sowohl dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung als auch dem Erhalt der Lebensqualität dienen, stark machen?

Im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses wurden Lärmobergrenzen definiert. Diese Obergrenzen wurden nicht erreicht. Ziel muss es sein Lärm durch technische Entwicklungen und Innovationen zu reduzieren.

Die Ultrafeinstaub -und Stickoxidmissionen des Luftverkehrs sind bisher kaum erfasst worden. Die aktuelle Rechtsprechung („Dieselgate“) bestätigt den Vorrang der Gesundheit gemäß GG Art. 2, Absatz 2. Werden Sie sich für die Einführung eines geeigneten Messstellennetzes für die Erfassung der Schadstoffmissionen des Luftverkehrs einsetzen?

Die Belastungen durch Feinstaub und Stickoxide sind von vielen Faktoren abhängig, beispielsweise der örtlichen Topografie und den Wetterbedingungen. Erfreulicherweise sind die Stickoxidbelastungen in Deutschland seit 1990 um gut 2/3 gesunken. Diese Entwicklung ist wesentlich von der Entwicklung neuer, emissionsärmer Technologien getrieben. Wir halten es deshalb für sinnvoll die Entwicklung solcher Technologien weitzuvordringen. Die aktuelle Debatte über Abgaswerte von Fahrzeugen (Diesel-Gate) bezieht sich auf die Frage, ob und in welchem Umfang Grenzwerte durch Manipulationen erreicht wurden. Insofern geht es dabei um Betrug respektive strafrechtliche Fragen.

Gerne stehe ich für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Bettina Stark-Watzinger

Kordula Schulz Asche, Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Baumann,

hiermit schicke ich Ihnen die Antwort von Kordula Schulz-Asche auf ihre Fragen (siehe unten).
Da die angesprochenen Punkte in enger Verbindung stehen, wurden die Fragen gesammelt beantwortet. Wir hoffen sehr, dass dies in Ordnung ist.

Mit freundlichen Grüßen,

NN (SenderIn wollte Namen hier nicht sehen)

Kordula Schulz-Asche MdB

Bündnis 90 / Die Grünen

Sprecherin für Prävention und Gesundheitswirtschaft

Sprecherin für Bürgerschaftliches Engagement

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-79040, Fax.: 030/227-76039

kordula.schulz-asche@bundestag.de

www.schulz-asche.de

- Werden Sie sich für ein Nachtflugverbot in der gesetzlichen Nacht einsetzen?
- Werden Sie versuchen, in der Luftverkehrsgesetzgebung ein Lärmminimierungsgebot zu verankern?
- Werden Sie sich für lokale Lärmobergrenzen, die sowohl dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung als auch dem Erhalt der Lebensqualität dienen, stark machen?
- Die Ultrafeinstaub -und Stickoxidimmissionen des Luftverkehrs sind bisher kaum erfasst worden. Die aktuelle Rechtsprechung („Dieselgate“) bestätigt den Vorrang der Gesundheit gemäß GG Art. 2, Absatz 2. Werden Sie sich für die Einführung eines geeigneten Messstellennetzes für die Erfassung der Schadstoffimmissionen des Luftverkehrs einsetzen?

Viele Menschen im Umland deutscher Flughäfen und Flugplätze sind hohen Lärmbelastungen ausgesetzt und fühlen sich in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt. Dass Fluglärm die Gesundheit gefährdet, ist unumstritten und wissenschaftlich belegt. Insbesondere durch nächtliche Lärmbelastungen können massive gesundheitliche Folgeschäden auftreten. Zwar sind neue Flugzeuge leiser geworden, doch der rasante Anstieg des Luftverkehrs und der lange Einsatz älterer Flugzeugtypen haben zur Folge, dass die Lärmbelastung nicht sinkt, sondern vielerorts weiter zunimmt.

Der Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm ist im geltenden Luftverkehrsrecht nur unzureichend gewährleistet. Das Luftverkehrsgesetz enthält weder Grenzwerte für Fluglärm noch Maßgaben für eine lärmreduzierte Flugroutenplanung. Das Fluglärmgesetz regelt nur den nachsorgenden Schallschutz an Gebäuden und im Außenwohnbereich - zum aktiven Lärmschutz an der Quelle jedoch fehlen klare gesetzliche Regelungen. Diese Defizite wollen wir beheben. Dazu gehört, im Luftverkehrsrecht Grenzwerte für die Lärmbelastung einzuführen, die die Belastungen durch Fluglärm begrenzen und dadurch eine Beschränkung des Flugbetriebs beispielsweise durch Bewegungs- und Lärmkontingente befördern. Ebenso setzen wir uns dafür ein, entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts den Schutz der gesetzlichen Nachtruhe für die gesamte Nachtzeit (22 bis 6 Uhr) gesetzlich festzuschreiben.

Wir wollen das Fluglärmschutzgesetz umfassend reformieren und dabei zum Schutz vor Gesundheitsgefahren die Auslösewerte für passiven Schallschutz senken, die Differenzierung der Immissionsgrenzwerte zwischen neuen oder baulich wesentlich erweiterten und bestehenden Flugplätzen abschaffen und das Schutzniveau gleich bemessen sowie Flugplätze verpflichten, Lärminderungskonzepten mit verbindlichen und messbaren Lärminderungszielen insbesondere für Lärm in den Nacht- und Nachtrandstunden umzusetzen.

Am 15.09. erreichte uns doch noch eine Antwort von Ingo von Seemen, die wir jetzt auch bei diesen Antworten der Kandidaten noch nachgetragen haben:

Am 15.09.2017 um 11:57 schrieb Ingo von Seemen:

Sehr geehrte Damen und Herren,

leider ist ihre Mail in den vielen Mails die ich rund um die Bundestagswahl bekommen habe untergegangen.

Die Behauptung, dass meine Partei oder ich sich nicht für Luftverkehrspolitik interessieren möchte ich entschieden zurückweisen.

Täglich bekomme ich in meiner Funktion als Bundestagskandidat, als Stadtverordneter und stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher, als Mitglied der "LAG Tierrechte" und als Privatperson an die 100 E-Mails.

Gerade im Wahlkampf habe ich etliche Wahlprüfsteine beantwortet. Darunter auch ein Wahlprüfstein der "Bürger für Eddersheim" indem es ausschließlich um die Fluglärmproblematik ging.

Meine Partei hat als eine der wenigen Parteien auch aussagen zum Flugverkehr im Wahlprogramm. Da ich nicht abgekoppelt von meiner Partei zu dieser Wahl antrete lassen sich dort ebenfalls meine Positionen nachlesen.

Im Kreisverband Main-Taunus, durch dessen Mitglieder meine Nominierung erfolgt ist, spielt das Thema „Flughafenausbau“ eine wichtige Rolle. So nehmen der Kreisvorsitzende und Vertreter/innen der Kreistagsgruppe auch regelmäßig an den „Montags-Demos“ teil. Im Kreistag und im Hochheimer Stadtparlament gab es in den vergangenen Jahren auch zahlreiche Initiativen durch unsere dortigen Kommunalen Mandatsträger.

Zu Ihren Fragen gebe ich folgende Auskunft.

Werden Sie sich für ein Nachtflugverbot in der gesetzlichen Nacht einsetzen?

Wie Sie in unserem Wahlprogramm nachlesen können fordert DIE LINKE ein Nachtflugverbot von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr.

Auf allen deutschen Flugplätzen und ohne Ausnahme.

Werden Sie versuchen, in der Luftverkehrsgesetzgebung ein Lärmminimierungsgebot zu verankern?

Ja. Die beste Lärminderung ist aber eine Senkung der Flugbewegungen daher setzten wir uns dafür ein, dass der innerdeutsche Luftverkehr auf die Schiene verlagert wird.

- Werden Sie sich für lokale Lärmobergrenzen, die sowohl dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung als auch dem Erhalt der Lebensqualität dienen, stark machen?

Ja. Wir in unserem Programm zur Bundestagswahl nachzulesen ist setzten wir uns für feste Lärmobergrenzen ein.

Die Ultrafeinstaub und Stickoxidimmissionen des Luftverkehrs sind bisher kaum erfasst worden. Die aktuelle Rechtsprechung („Dieselgate“) bestätigt den Vorrang der Gesundheit gemäß GG Art. 2, Absatz 2. Werden Sie sich für die Einführung eines geeigneten Messstellennetzes für die Erfassung der Schadstoffimmissionen des Luftverkehrs einsetzen?

Ja

Abschließend noch einmal zusammengefasst:

Ich unterstütze ausdrücklich die nachstehenden Forderungen, die auch in unserem Bundestags-Wahlprogramm ihren Niederschlag gefunden haben:

1. Ein striktes Nachtflugverbot in der gesetzlichen Nacht (von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr). Dieses Nachtflugverbot muss im Bundesluftverkehrsgesetz verankert werden,
2. Eine wirksame Öffentlichkeitsbeteiligung der Bevölkerung bei der Festlegung von Flugverfahren. Flugrouten müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden.
3. Der innerdeutsche - soweit möglich auch der innereuropäische - Flugverkehr muss auf die Schiene verlagert werden.
4. Öffentliche Zuschüsse für Flughäfen sollen gestrichen werden.
5. Der soziale und ökologische Dumpingwettbewerb im Luftverkehr (Stichwort Ryan-Air u. Co) ist zu unterbinden.
6. Eine Europaweite Kerosinsteuer ist einzuführen. Auf Flugtickets muss der volle Mehrwertsteuersatz fällig werden.
7. Der Ausbau weiterer Flugkapazitäten ist zu beenden.

Solidarische Grüße
Ingo